

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Band: 81 (2006)
Heft: 11

Artikel: Eine schlechte Kopie : Rüstungsausfuhr-Verbot : unnötige Neuauflage der alten SP-Initiative
Autor: Brunner, Dominique
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-717102>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

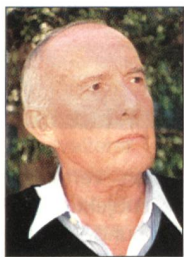
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eine schlechte Kopie

Rüstungsausfuhr-Verbot: Unnötige Neuauflage der alten SP-Initiative

Wenn die Radikal-Pazifisten, sprich die GSoA, durch die Misserfolge ihrer grob fahrlässigen Frontalangriffe auf die schweizerische Verteidigung an der Urne scheinbar ernüchtert, sich aufs Taktieren verlegen, ist Vorsicht geboten. Man muss sich hüten – wie generell gegenüber politischen Sekten angezeigt –, auf einen Gesinnungswandel zu hoffen. Das darf man nämlich nur nach langer, aufmerksamer Beobachtung angesichts handfester Anzeichen wagen.

Den schlüssigen Beweis liefern die gläubigen Kommunisten im freien Westeuropa nach 1945. Denn die nachfolgenden Fakten liessen sie nicht irre werden am Kommunismus, wie er in der Sowjetunion Stalins,



Oberst i Gst
Dominique Brunner

und nachher, praktizierte wurde: Die Verwandlung Osteuropas in ein Gefängnis, nicht essenziell erträglicher als Nazi-Deutschland bis 1938; die Verschickung eigener, befreiter Kriegsgefangener zur Zwangsarbeit nach Fernost; die Enthüllung der Verbrechen von «Väterchen Stalin» im Februar 1956 durch den Nachfolger Chruschtschow; unter demselben die Niederwerfung des ungarischen Volksaufstandes vor 50 Jahren; die Unterstützung der imperialistischen Politik der «Heimat der Werktätigen» in aller Welt, insbesondere das Wüten der kubanischen Söldner in Afrika; die phänomenale Überrüstung der Sowjetunion, die ihren schlagartigen Zerfall beschleunigte.

Ruhloser Untergang

Ein bezeichnendes Beispiel: der jüngst erkorene italienische Staatspräsident, der sich jetzt entschuldigt für seinen seinerzeitigen Applaus zur Vergewaltigung des ungarischen Volkes, also 50 Jahre später. Es ist für die Unehrlichkeit der Politik im Westen bezeichnend, wie charakterliches und geistiges Versagen leicht verziehen wird... Zugegeben, diese Warnung vor den Armeeabschaffern der GSoA könnte gegenüber vernunftbegabten Zeitgenossen über-



Der P-21 wäre direkt betroffen.

flüssig sein. Denn nicht nur wissen diese Bescheid über die (Un-)Taten der Unbelehrbaren, sondern deren neuestes Manöver ist allzu durchsichtig: Eine Initiative, die ein restloses Ausfuhrverbot für all das fordert, was auch im entferntesten mit Rüstungsmaterial zusammenhängt, was zwangsläufig eine einheimische Rüstungsbasis in Frage stellt.

Richtig besehen ist das eine Neuauflage der SPS-Initiative für ein radikales Exportverbot, die Anfang März 1991 – der Krieg kraft Beschlüssen der UNO unter US-Führung zur Befreiung des vom Irak überfallenen Kuwait war eben beendet – von der Partei beschlossen worden war.

Die extremistische Initiative, der das seinerzeitige EMD unter Führung von Bundesrat Villiger und Generalsekretär Ernst entgegenkommen wollte mit einem Gegenvorschlag, der Revision des Kriegsmaterialgesetzes, wurde, entgegen dieser Fehlbeurteilung der Vorgenannten, vom Souverän am 8. Juni 1997 mit über 77 Prozent der Stimmen und allen Kantonen weggefegt! Dieses Ergebnis des Urnenganges war der soundsovielte Beweis für die Besonnenheit des Souveräns, insbesondere wenn er gründlich und wahrheitsgetreu informiert wird.

Kriege brechen in aller Regel nicht aus, weil es Waffen gibt. Die schlimmsten Gemetzel waren die mit der blanken Waffe ausgetragenen, z.B. die Schlacht von Cannae 216 v. Chr., bei der rund 45 000 römische Soldaten fielen, oder 1994 der ruandische Bürgerkrieg, der Hunderttausende das Leben kostete. Ein UNO-Bericht hielt 1994 fest: «D'une manière générale, les

victimes sont attaquées à coup de machettes, de haches, de gourdins, de massues, de bâtons, ou de barres de fer». Die beiden Weltkriege brachen aus, weil sich die eine oder beide Seiten rasche Siegeschancen ausrechneten, was im einen wie anderen Fall widerlegt wurde. Aber Grundlage und Auslöser waren politische Konflikte, territoriale Forderungen, Machtwahn und oft die Demografie.

Beweis erbracht

Den unwiderleglichen Beweis dafür, dass es nicht die Waffen sind, die den Krieg verursachen, sondern die angedeuteten tiefer liegenden Gründe, stellt wohl die Tatsache dar, dass Europa zwischen 1950 und 1990 der Raum war, wo am meisten militärische Kräfte, auch kurzfristig verfügbare, konzentriert waren, die der NATO und des Warschauer Paktes, Abertausende Panzer, Geschütze, Flugzeuge, Hunderttausende Soldaten.

Doch fiel im Ost-West-Verhältnis im Prinzip kein Schuss. Geschossen wurde, ausser auf Flüchtende, bei block-internen Polizeiaktionen der Hegemonialmacht Sowjetunion. Natürlich ergab sich dieser «bewaffnete Friede», wie man es in der Bismarck-Zeit nannte, auch und insbesondere aus der Existenz der Atomwaffen, die ab den 50er-Jahren auch auf europäischem Boden greifbar waren. Aber da die Pazifisten die Atomwaffen – in grober Missachtung von 60 Jahren jüngster Geschichte – abschaffen wollen, erübrigt sich die Diskussion mit ihnen. Pro Memoria: Hitler griff die Sowjetunion mit 3500 Panzern an – und

führte Blitzkrieg! Die Sowjetunion und ihre Satelliten hatten 1989 vorwärts des Urals 51 500 Kampfpanzer! Eben.

Nicht nur ist die SPS-Initiative haushoch verworfen worden, das revidierte Kriegsmaterial-Gesetz hat die Materie nach ausgiebiger Diskussion vernunftgemäss geregelt. Die Räte haben Ende 1996 diese Revision klar gutgeheissen. Das Referendum ist nicht ergriffen worden – wohl in Vorahnung der unmissverständlichen Sanktion des Souveräns sechs Monate später. ABC-Waffen sind umfassend verboten – das Entwickeln, Herstellen, Ausführen usw.

Wohl überlegte Regelung

Das Gleiche gilt für Personenminen. Eigentliche Waffen bedürfen nicht nur einer Ausfuhrbewilligung, sondern einer ganzen Reihe von Bewilligungen (für die Herstellung, den Handel, die Vermittlung, den Transfer von Know-how). Generell gilt, dass diese Bewilligungen für Empfänger im Ausland erteilt werden, «wenn dies dem Völkerrecht, den internationalen Verpflichtungen und den Grundsätzen der schweizerischen Aussenpolitik nicht widerspricht».

Die neueste Initiative will aber alles verbieten, z. B. «Maschinen, die ausschliesslich der Herstellung von Kriegsmaterial dienen, militärische Simulatoren oder auch militärische Trainingsflugzeuge». Damit wird die Problematik der «Dual-use-Güter» de facto wieder aufgerollt. Anspruchsvolle industrielle Produkte sind meist für verschiedene Zwecke verwendbar. Unter diese Definition fallen, wie im Vorfeld der letzten Abstimmung nachgewiesen, rund 15 000 Industrieprodukte. Es gibt, die Diskussion 1993–1996 hat es gezeigt, keine Werkzeugmaschinen, die «nur» für die Herstellung von Kriegsmaterial taugen.


Beim Bau von Kampfflugzeugen oder Panzern werden Produkte der verschiedens-



Die MOWAG muss den Piranha IV exportieren können ...

ten industriellen Sparten eingesetzt. Bei der Konstruktion des Panzers 68 wurden rund 500 Unternehmen beigezogen, bei der Lizenzfertigung des Leo II ebenfalls Hunderte! Das waren zum kleinsten Teil Waffenfabriken. Insofern öffnet die neue Initiative wiederum der willkürlichen Interpretation Tür und Tor!

Was die Trainingsflugzeuge angeht, wäre das vergleichbar mit dem Verbot von Geländefahrzeugen, vom Jeep bis zum schweren Lastwagen. Diese Vehikel können als Plattform für Waffen dienen, MG, Panzerabwehr, Flab, oder in diesem Sinn abgeändert werden. Anfang des Zweiten Weltkrieges rüstete man in der Schweiz, faute de mieux, Kabrioletts, mit LMG aus, gleich wie die Wehrmacht Motorräder mit Side-cars für die Kradschützen ...

Welche Rolle spielen die – vernünftig definierten – Rüstungsausfuhren aus der Schweiz international? Gemäss IISS, The Military Balance 2004: auf weltweite Exporte aller Länder (abgeschlossene Verträge) im Wert von 25,6 Milliarden \$ im Jahre 2003 kamen Verträge von 300 Millionen \$, die Schweizer Firmen abgeschlossen hatten, weniger als ein Drittel in Entwicklungsländern. Das sind 1,2 Prozent! Im selben Jahr waren die effektiven schweizerischen Lieferungen irrelevant. Aber für die Aufrechterhaltung einer auch nur minimalen einheimischen Basis ist das überlebenswichtig, namentlich im Blick auf den viel beschworenen Aufwuchs der Verteidigung! Diese Initiative der Anarcho-Pazifisten ist rücksichtslos zu bekämpfen! 



... und ebenso den Eagle IV.

Fahrlässiges Spiel

Die Volksinitiative will ein vollständiges Verbot der Ausfuhr von militärischen Gütern aus der Schweiz. Damit soll nicht nur unsere Industrie nachhaltig geschädigt werden, sondern auch der Weiterbestand der Armee in Frage gestellt werden. Die Armee ist in ihrer Substanz gefährdet, wenn im eigenen Land die industriellen Kernkompetenzen für die Wartung der militärischen Ausrüstung abhanden kommen.

Mit den bestehenden gesetzlichen Grundlagen verfügt unser Land über die nötigen Instrumente, um die internationalen Verpflichtungen zu erfüllen und die ausserpolitischen Grundsätze zu wahren, ohne die für ihre Sicherheit unentbehrliche industrielle Kapazität preisgeben zu müssen.

Es darf auf keinen Fall sein, dass sich die Verwaltung und die Politik bemüssigt fühlen, der Initiative einen Gegenvorschlag entgegenzustellen, mit dem die bewährten gesetzlichen Grundlagen unnötig verschärft würden. Das Vorhaben muss tel quel abgelehnt werden. *pj.*